

WAS SICH AB 2012 ÄNDERT

Neues ab 2012

Hier die wichtigsten Neuigkeiten zu Steuern, Altersvorsorge und Sozialversicherung.

Wie jedes Jahr gibt es im neuen Jahr einige rechtliche Änderungen, die auch die meisten unserer Mandanten betreffen.

Kranken- und Pflegeversicherung

In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung steigt die bundeseinheitliche Beitragsbemessungsgrenze 2012 von 3.712,50 Euro auf 3.825 Euro pro Monat. Wer mehr verdient, muss für Verdiensteile oberhalb dieser Grenze keinen Cent bezahlen. Unabhängig davon existiert eine Versicherungspflichtgrenze, ab der Arbeitnehmer in die private Krankenversicherung (PKV) wechseln können. 2012 steigt sie von 4.125 Euro Monatsbruttoeinkommen auf 4.237,50 Euro. Wer in den letzten 12 Monaten Einkünfte über der Versicherungspflichtgrenze hatte, darf unter Einhaltung bestimmter Kündigungsfristen in die PKV-Versicherung wechseln. Für ein unabhängiges Angebot stehen wir hierzu gerne zur Verfügung!

Grunderwerbsteuer

Beim Erwerb von Häusern oder Eigentumswohnungen fällt Grunderwerbsteuer an. Früher lag die Steuer bundeseinheitlich bei 3,5 Prozent, seit kurzem dürfen die Bundesländer



sie individuell gestalten. Mehrere Länder haben die Abgabe inzwischen auf 5,0 Prozent erhöht (in NRW seit dem 1. Oktober 2011). Am 5. November 2011 zog Baden-Württemberg nach. Ab 2012 steigt die Steuer in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz auch auf 5,0 Prozent vom Kaufpreis.

Anhebung des Rentenalters

Ab 2012 steigt das gesetzliche Rentenalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre. Die Übergangsphase dauert insgesamt 18 Jahre. Der Jahrgang 1947 erreicht mit 65 Jahren plus einen Monat das Rentenalter, ein Jahr später erreicht der Jahrgang 1948 mit 65 Jahren plus zwei Monaten die Regelaltersgrenze. Auch bei ab 2012 abgeschlossenen Riester-, Basis- und Betriebsrenten verschiebt sich der Rentenstart: Sie dürfen als frühesten Auszahlungstermin das 62. Lebensjahr vorsehen. Bislang lag die Grenze bei 60 Jahren. Das gleiche gilt für private Lebensversicherungen.

10 Jahre Riesterrente

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) übt im Rahmen einer Studie heftige Kritik an dieser Form der Altersvorsorge.

Medienberichte zu dieser Studie geben die Ergebnisse allerdings missverständlich wieder, was zu einer Verunsicherung der Kunden führt.

DENN: Die Studie bezieht sich ausschließlich auf die Kalkulation und Überschusspolitik von Versicherungsprodukten. Fondssparpläne – wie wir sie anbieten – kommen weitestgehend ohne Versicherungselemente aus.

Die Riester-Förderung wird nicht bemängelt, sondern das, was viele Anbieter daraus machen.

FAZIT: Die Riester-Rente ist für alle interessant und kann sich für jeden lohnen. Entscheidend ist allerdings das richtige Produkt!

Impressum

Herausgeber:

Finanz Partner Voreifel

Peters & Kuchem GbR

Vor dem Voigtstor 16 • 53359 Rheinbach

Telefon 02226/808136 • Fax 02226/808138

E-Mail: info@finanzpartner-voreifel.de

www.finanzpartner-voreifel.de

Layout, Satz+Druck:

Union Betriebs-GmbH

Egermannstraße 2 • 53359 Rheinbach

Telefon 02226/802-300 • Fax 02226/802-333

E-Mail: druckerei@ubgnet.de • www.ubgnet.de

1/2012

Newsletter

AKTUELLES AUS DER FINANZWELT



Finanz Partner Voreifel

Ausblick 2012

„Es bringen uns nicht die Dinge um, deren Gefahren wir erkannt haben, sondern das, was wir für sicher gehalten haben“

(Mark Twain)

Das Jahr 2011 war ein Jahr der Unsicherheiten, in Europa geprägt durch eine Politik des Zauderns und Zögerns. Das Erdbeben in Japan mit immensen immer noch nicht bewältigten Folgen, der Euro in ernster Gefahr, Angst vor Staatspleiten, Angst vor Inflation, brennende Stadtteile in London und anderen Städten in Großbritannien, Machtwechsel in vielen arabischen Staaten, der kaum zu bremsende Einfluss der Rating-Agenturen in Europa – wir schießen nicht mehr Herr der Dinge zu sein, sondern fremden, unnahbaren Mächten (Märkten) ausgeliefert.

In dieser Zeit der Verunsicherung wurde die Frage nach der „richtigen“ Geldanlage häufig (auch von uns) beantwortet mit: das Geld breit streuen und Sachwertanlagen bevorzugen. Nun ist der Goldpreis trotz Korrektur immer noch auf einem recht hohen Niveau und reizt nicht gerade zum Einstieg. In Städten wie Hamburg, München und zum Teil auch Berlin berichten die Immobilienmakler von überzogenen Preisen bei Immobilien vor allem im Luxussegment.

Wie also sein Geld in diesem Jahr am besten anlegen?

Schauen wir auf das Jahr 2000 zurück! Auf jeder Party, bei jedem Empfang gab es nur ein Thema: wie verdoppele ich in kürzester Zeit mein Geld? Man hatte zwar noch einen anständigen Beruf, verdiente aber nach Feierabend mit Börsengeschäften sein Geld. Leute, die bisher bei dem Wort „Börse“ nur an ihr eigenes Portemonnaie dachten, wurden plötzlich „Börsenhändler“. Bei so viel Euphorie war klar wie die Ge-

schichte ausgehen musste. Und so kam es dann ja auch! Und heute? Bei jeder Party reden wir über die „Krise“. Nicht über Beziehungskrisen wird gesprochen, nein, über die Krise des Euro, die Krise des Geldsystems, die Krise der Altersversorgung Über Chancen redet niemand mehr! Das ist ein gutes Zeichen für Investoren. Schon gibt es ganz Mutige, die griechische Aktien kaufen. Aber so weit müssen wir gar nicht gehen. Deutschland steht im Moment blendend da – nur der Aktienmarkt honoriert es nicht – noch nicht.

Seit Jahren fordern die USA China auf, die chinesische Währung aufzuwerten. Warum also nicht auf die chinesische Währung setzen und auf dieses Aufwertungspotential warten?

In den USA laufen die ersten dringend notwendigen Infrastrukturmaßnahmen an. China hat in seinem Fünfjahresplan Milliarden für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen. Warum hier nicht investieren?

Unsere Anlageempfehlung im Überblick:

Aktien:

Länder: Deutschland, Europa, Schwellenländer
Branchen: Infrastruktur

Anleihen:

Schwellenländer und ausgewählte europäische Länder sowie Unternehmensanleihen

Immobilien:

- ▶ Spezialimmobilien wie zum Beispiel Pflegeimmobilien
- ▶ Wohnimmobilien in ausgesuchten Lagen mit Steuervorteilen durch Denkmalabschreibung
- ▶ Gewerbeimmobilien auf dem Schnäppchen-Zweitmarkt

Häufig kommen Anleger und wollen ihr Geld „sicher“ anlegen. Und meinen damit fest verzinsliche Staatspapiere. Bei allen Unwägbarkeiten des Marktes, eines ist sicher: der Zins für eine 10-jährige Bundesanleihe reicht nicht aus, um nach Abgeltungssteuer und Inflation den Wert des Geldes zu sichern. Auch der abgesenkte Garantiezins bei Renten- und Lebensversicherungen unterstreicht diesen Trend der Geldvernichtung. Das Risiko dieser Anlagen steigt durch mögliche Inflation oder sogar Schuldenschnitt. „Risiko ohne Rendite“ werden diese scheinbar sicheren Staatspapiere schon ge-

nannt. Sicherheit muss also neu definiert werden. Stellen Sie sich vor, Europa findet einen Ausweg aus der Krise und die Welt schaut plötzlich auf die immensen ungelösten Struktur- und Finanzprobleme in Japan, Großbritannien und USA! Was für ein Potential dürfte da im europäischen Aktienmarkt liegen. So bleibt auch dieses Jahr unsere Empfehlung: breit streuen, Sachwerte bevorzugen, Risiken meiden, aber Chancen erkennen und beherzt zugreifen.

**In diesem Sinne wünschen wir Ihnen
alles Gute für das Jahr 2012.**

BAUFINANZIERUNG

Zinsprognose

Zur Zinssituation: Die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 8. Dezember 2011 von bisher 1,25 Prozent auf nur noch 1,0 Prozent ist auf die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Europa zurückzuführen.

Mario Draghi hat als neuer Präsident der EZB damit schnell und ohne Zögern seinen offensichtlich von den Politikern geforderten Beitrag zur vermeintlichen Lösung der Schuldenkrise geleistet. Die Begründung für die weitere Zinssenkung – ein mögliches Abgleiten in eine leichte Rezession in Euroland – lässt völlig außer Acht, dass die Inflationsrate sehr deutlich über dem Zielwert der EZB liegt. Wir können auch für die nächste Zeit von historisch tiefen Leitzinsen ausgehen und erwarten, dass Mario Draghi, ähnlich wie der US-

Notenbank-Chef Bernanke, alles daran setzen wird, die längerfristigen Kapitalmarktzinsen tief zu halten. Mittelfristig kann man daher davon ausgehen, dass die EZB alles daran setzen wird, die Zinsen in Euroland sehr tief zu halten, um den Effekt der kontrollierten Inflationierung zu erreichen.

Eine Möglichkeit, als Baufinanzierungskunde von den tiefen Baugeldzinsen zu profitieren, bieten sogenannte 50/50 Kombi-Darlehen. Dabei kann die Sicherheit einer Festzins-Tranche, z.B. mit einer Zinsbindung von 10 oder 15 Jahren, mit den niedrigen Zinsen einer variablen EURIBOR-Tranche kombiniert werden. Damit verringern sich die monatlichen Belastungen deutlich und weitere Leitzinssenkungen führen durch die quartalsweise Anpassung der variablen Tranche

direkt zu besseren Konditionen. Die variable Tranche kann aber auch zukünftig in ein Festzinsdarlehen gewandelt werden, so dass später Zinssicherheit erreicht werden kann. Zum Zinsanpassungstermin kann die variable Tranche zudem teilweise oder ganz getilgt werden. Damit entsteht große Flexibilität. Gefragt sind derzeit auch sogenannte Volltilger-Darlehen, die einen durchgehenden Zinssatz bis zur endgültigen Rückzahlung bieten. Die höhere festgelegte Tilgung führt dabei zu Konditionsvorteilen.

Besonders interessant sind nach wie vor auch Forward-Darlehen mit bis zu 36 Monaten Vorlaufzeit. Damit kann man schon Jahre im Voraus praktisch zu Spott-Konditionen die zukünftigen Zinszahlungen absichern.

Hinweis: Eine Zinsprognose über die zukünftige Zinsentwicklung zur Baufinanzierung beruht auf unterschiedlichen Einschätzungen verschiedener Faktoren. Jegliche Haftung insbesondere zu den Aussagen über Zinsentwicklung und Baufinanzierungskonditionen ist ausgeschlossen (Keine Gewähr für Richtigkeit).

KfW-Förderung

Zum Jahresbeginn gibt es wichtige Änderungen in den wohnwirtschaftlichen Programmen der staatlichen KfW-Bank:

- ▶ Ab Januar fördert die KfW keine konventionellen Modernisierungen mehr
- ▶ Im Programm „Altersgerecht umbauen“ gibt es keine Zuschüsse mehr und die Förderkredite werden teurer.
- ▶ Immobilienkäufer erhalten im Programm „Wohn-eigentum“ nur noch bis zu 50.000 Euro Kredit (vorher 75.000 Euro). Dafür entfällt die Begrenzung auf 30 Prozent der Anschaffungskosten.
- ▶ Das besonders günstige Programm „Energetisch Sanieren“ wird dagegen mindestens bis 2014 fortgesetzt.

DIE RENTENLÜCKE WIRD GRÖßER

„So gaukelt der Staat uns steigende Renten vor“

Unter dieser Überschrift schrieb die Bild-Zeitung zum Thema staatliche Rentenversicherung. Jedem ist inzwischen klar: die staatliche Rente wird nicht ausreichen, um einen Lebensabend ohne Sorgen und Not zu finanzieren. Doch von welchen Zahlen und Summen soll der Einzelne nun ausgehen? Fakt ist: die jährlichen von den Rentenversicherungsträgern verschickten Bescheide sind für die meisten alles andere als klar. So wird immer noch mit einer jährlichen Rentensteigerung von bis zu 2 % vorgerechnet, mögliche Rentenabschläge bei vorzeitigem Ruhestand oder die Folgen der zukünftig höheren Rentenbesteuerung werden überhaupt nicht erwähnt.

Klar wird allerdings in den Bescheiden auf den zusätzlichen Vorsorgebedarf hingewiesen. So steht dort wörtlich: „Da die Renten im Vergleich zu den Löhnen künftig geringer steigen werden und sich somit die spätere Lücke zwischen Rente und Erwerbseinkommen vergrößert, wird eine zusätzliche Absicherung für das Alter wichtiger („Versorgungslücke“). Bei der ergänzenden Altersvorsorge sollten Sie – wie auch bei Ihrer

zu erwartenden gesetzlichen Rente – den Kaufkraftverlust beachten.“ Was genau das bedeutet bleibt jedoch offen...

...Kaufkraftverlust oder Inflation – was bedeutet das eigentlich?

Beispiel: Ein fester Geldbetrag von 1.000 Euro hat in einigen Jahren nicht mehr die Kaufkraft von heute – ganz einfach, weil die Preise steigen und das Leben teurer wird. Bei einer jährlichen Inflationsrate von 2,5 Prozent haben 1.000 Euro in 20 Jahren nur noch eine Kaufkraft von 613,50 Euro. Das heißt, Sie können mit 1.000 Euro in 20 Jahren nur noch so viel Waren und Dienstleistungen einkaufen, wie Sie heute für 613,50 Euro bekommen würden. Der Kaufkraftverlust beträgt also 386,50 Euro.

Unser Service: Wir berechnen Ihre realistische Rentenlücke unter Einbeziehung der Inflationszahlen auf Basis des statistischen Bundesamtes.



Foto: PNEID/Cerd Altman